

B e s c h l u s s

Zuwanderungsfreundliche Thüringer Verwaltungen und Behörden

Der Landtag hat in seiner 125. Sitzung am 20. Dezember 2023 folgenden Beschluss gefasst:

I. Der Landtag stellt fest:

1. In jedem zweiten deutschen Betrieb gibt es Probleme, offene Stellen zu besetzen.
2. Es besteht in allen Branchen und Qualifikationsniveaus enormer Fach- und Arbeitskräftemangel.
3. Aktuelle Schätzungen ergeben, dass bei derzeit bundesweit 1,8 Millionen unbesetzten Stellen allein in diesem Jahr 90 Milliarden Euro Wertschöpfung verloren gingen.
4. Mehr denn je ist Thüringen auf qualifizierte Einwanderung angewiesen, denn unbesetzte Stellen verringern die Wirtschaftskraft und gefährden den Wohlstand im Freistaat.
5. Thüringer Behörden und Verwaltungen müssen "internationaler" werden, um eine solide Basis für eine steigende und zielführende Arbeits- und Fachkräftezuwanderung zu schaffen.
6. Die vorherrschenden Fremd- und Muttersprachen in der Europäischen Union sind Englisch, Deutsch und Französisch, wobei Englisch die am häufigsten verwendete Arbeitssprache ist.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, Englisch als zusätzliche Sprache in Thüringer Verwaltungen und Behörden stufenweise bis zum Jahr 2030 einzuführen, indem

1. sämtliche Dokumente, die im Zusammenhang mit den Basisleistungen stehen, auf englischer Sprache bereitgestellt und vorzuzuliegende Urkunden auf Englisch anerkannt werden;
2. bis Ende des Jahres 2024 eine Evaluierung in Thüringer Verwaltungen durchgeführt wird, welche Fremdsprachenkenntnisse vorhanden sind;
3. bei Neueinstellungen auf vorhandene Fremdsprachenkenntnisse, vor allem in Bereichen mit direktem Bürgerkontakt, wie beispielsweise beim Finanzamt, den Ausländerbehörden, beim Bürgerbüro et cetera, geachtet wird;

4. entsprechende Weiterbildungsangebote für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Dienst der Länder und Kommunen ab dem Jahr 2025 zur Verfügung gestellt werden;
5. in allen Ausbildungen der Verwaltung beziehungsweise im öffentlichen Dienst das Fach "Verwaltungsenglisch" ab 2026/2027 verbindlich eingeführt wird.

Birgit Pommer
Präsidentin des Landtags